

Dienst der Stadt

brutto verdient eine Ebene darunter GVB-Chef Antony Scholz, wusste die Kleine Zeitung, Stadtwerke-Personalchef Felix Waldhauser wird seinem Vornamen gerecht: Der „Glückliche“ bekommt 165.000 Euro pro Jahr. Mit rund 7.500 Euro pro Monat ist der Job von Parkraum-Manager Günther Janezic dotiert, gut 5.500 Euro bekommt man in der Führungsetage der Baulandsicherungs-Gesellschaft (GBG). Und selbst die Leitung des Kindermuseums ist der Stadt mehr als 5.800 Euro wert.

Besonders ärgerlich bei den Stadtwerken oder der GBG: Zum einen, dass dort immer zwei Geschäftsführer sitzen müssen – je einer von der ÖVP und der SPÖ – obwohl meistens einer reichen würden. Und zum anderen, dass dort fast durchwegs Politzöglinge eingeschleust werden, die immer „ganz zufällig“ nach einer Ausschreibung als Beste hervorgehen.

ALTPOLITIKER WOLLTE GELD

Einst war Paul Tremmel Vizebürgermeister der FPÖ, heute zählt er zu den BZÖ-Senioren. Als solcher versuchte er nun neuerlich, von der Stadt rund 36.000 Euro einzufordern.

Tremmel meint, das stehe ihm zu, da er als Vizebürgermeister (1986-1988) Pensionsbeiträge habe zahlen müssen, ohne einen Anspruch auf Pension zu haben. Die Stadt hat ja seinerzeit beschlossen, Altpolitikern keine Politpension mehr zu bezahlen.

Allein: Dieses Ansinnen wurde entsprechend der Gesetzeslage schon 1992 abgelehnt. Jedenfalls trifft es keinen Armen: Tremmel war mehr als sechs Jahre Bundesrat und bekommt eine gut dotierte Magistratspension...



Stadtrechnungshof: Stadt bezahlt Managern zuviel.



Den halben Aufschließungsbeitrag gespart: Marienhütte

MARIENHÜTTE Stadt verschenkt Geld

Offenbar kann es sich die Stadt Graz leisten, auf einen Betrag von 51.419,23 Euro (S 717.544,-) großzügig zu verzichten.

Wird sonst um jeden Cent gegezigt, der Grazer Bürgerinnen und Bürgern zugute kommen soll, so war man beim Eintreiben des Aufschließungsbeitrages anlässlich der Widmungsbewilligung für das Stahl- und Walzwerk Marienhütte äußerst großzügig.

Dieser bereits im Jahr 1982 vorgeschriebene Betrag wurde nämlich auf Antrag des Unternehmens bis zur Erreichung der beantragten Bebauungsdichte gestundet.

Vergehen aber vom Zeitpunkt der Vorschreibung einer

Abgabe bis zu ihrer Einhebung 15 Jahre, verjährt diese und kann nicht mehr eingetrieben werden. Und genau das geschah im vorliegenden Fall.

Anstatt den Betrag von mehr als S 700.000,- in Evidenz zu halten und vor Ablauf der Verjährungsfrist einzufordern, leistete man sich im Finanzreferat der Stadt Graz den Luxus, diesen Termin zu verschlafen.

Erst 1998, zwei Jahre nach Eintritt der Verjährung, stellte man fest, dass die Bebauungsdichte zwar erreicht, aber der gestundete Betrag uneinbringlich war und schrieb ihn ab. 51.000,- Euro für eine längst erteilte Bewilligung: durch Schlamperei im Finanzreferat sind sie unwiederbringlich verloren.